

Pressemitteilung

Berlin, 29. November 2018

Die Geburtshilfe stärken

Hebammenverband fordert rasche Umsetzung der Akademisierung und für Kreißsäle Hilfe durch ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz

In Berlin findet aktuell die Bundesdelegiertentagung des Deutschen Hebammenverbands e. V. (DHV) statt. Vom 27. bis zum 30. November diskutieren rund 200 delegierte Hebammen aus allen Bundesländern berufspolitische Fragen. Politische Schwerpunkte des Hebammenverbands werden 2019 vor allem die Realisierung der angekündigten Akademisierung des Hebammenberufs und die sich verschärfende schwierige Lage in Deutschlands Kreißsälen sein. Die Akademisierung bedeutet eine der größten Reformen für den Hebammenberuf und einen Umbruch für den Berufsstand. Mitte Januar 2020 muss die Reform bereits umgesetzt sein. Der Hebammenverband drängt auf rasche Klarheit bei den vielen noch offenen Fragen der Ausgestaltung und des Übergangs. Dringend geregelt werden muss auch die schwierige Lage in der Geburtshilfe. Dies ist auch im Koalitionsvertrag festgelegt. Um Abhilfe bei überfüllten Kreißsälen und sich stetig verschlechternden Arbeitsbedingungen in den Kliniken zu schaffen, fordert der DHV ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz.

„Hebammen müssen gestärkt werden. Vor allem in den Kliniken brauchen wir mehr Hebammen und bessere Arbeitsbedingungen“, so Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands e. V. Eine wohnortnahe und gute Geburtshilfe für jede Frau und jedes Kind muss flächendeckend sichergestellt sein. Der Rückzug von Hebammen aus ihrem Beruf sowie zahlreiche Kreißsaalschließungen gefährden diese.

Akademisierung des Hebammenberufs

„Der Hebammenberuf geht an die Hochschule. Damit stellen wir sicher, dass die Qualität der Versorgung von Mutter und Kind bestmöglich sein kann. Der Berufsstand bleibt attraktiv“, meint Yvonne Bovermann, Präsidiumsmitglied im DHV. In fast allen europäischen Ländern wurde die Hebammenausbildung bereits vollständig an Hochschulen überführt. In Deutschland muss nun der gesetzliche Rahmen schnell gestaltet werden.

Geburtshilfe-Stärkungsgesetz gefordert

Die Arbeitsbelastung für Hebammen in den Kliniken ist steigend. Bereits jetzt betreut eine Hebamme in Deutschland mehr als doppelt so viele Geburten wie eine Hebamme beispielsweise in Großbritannien. „Wir brauchen ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz“, betont Susanne Steppat, Präsidiumsmitglied im DHV. Eine



Eins-zu-eins-Betreuung durch eine Hebamme für eine Frau und Familie solle auch in Kliniken Standard sein, so Steppat. Der DHV hat dazu zehn Forderungen für eine gute klinische Geburtshilfe entwickelt. Diese Forderungen umfassen beispielsweise die Verbesserung der Finanzierung der Geburtshilfe sowie die Anpassung von Personalschlüsseln an internationale Standards.

Kontakt und weitere Informationen:

Deutscher Hebammenverband e. V.
Pressestelle
Telefon: 030/3940 677 30
E-Mail: presse@hebammenverband.de

.....

Der Deutsche Hebammenverband e.V. (DHV) ist der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und setzt sich aus 16 Landesverbänden mit über 19.500 Mitgliedern zusammen. Er vertritt die Interessen aller Hebammen. Im DHV sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrerinnen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftlerinnen, Hebammen in den Frühen Hilfen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammschülerinnen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ein zentrales Anliegen des Verbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt er sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung der Hebammenarbeit sowie die Gesundheit von Frauen und ihren Familien ein.